



Simon Lissner

geb. 6.3.1958, Frankfurt am Main

Abitur, Zivildienst bei medico international –Frankfurt (Logistik), ebd. Mitglied, Verlagsvertreter seit 1979, verh. drei Söhne

Mitglied der GRÜNEN seit 2003/2004

Mitglied des Kreisvorstandes Limburg-Weilburg, Delegierter für den Parteirat des LV Hessen, Delegierter für die Bundesdelegiertenkonferenz, Mitglied der LAG Frieden (...) Hessen, Delegierter der LAG Frieden (...), Direktkandidat für die Landtagswahl 2009

"Mein Herz schlägt links **und** für GRÜN"

Politisierung als Kind von "Altachtundsechzigern". Erste Erinnerungen an Ostermärsche, aber auch an den "Stechschrittsozialismus", den ich aus tiefstem Herzen ablehnte. Schülerstreiks in den 70ern, Vietnam, Nelkenrevolution Portugal, Chile, Nicaragua, El Salvador, also Internationales, Willy Brandt, Anti-AKW Bewegung, Beteiligung an diversen BI, der Friedensbewegung und gegen nukleare Rüstung, Bürgerrechte ("Volkszählung"), Antifa ("Rock gegen Rechts") und beteiligt am Aufbau eines Vorläufers der GRÜNEN in Hessen (GLH). Vor meinem Eintritt in die GRÜNEN, langjähriger Wähler der GRÜNEN.

Beweggründe den GRÜNEN beizutreten waren, der heraufziehende Irak – Krieg, Roland Koch und meine Söhne.

Liebe Freundinnen und Freunde,

die vier Wertesäulen unserer Partei – ökologisch, sozial, gewaltfrei und basisdemokratisch haben nichts von ihrem Reiz verloren. Auch wenn die Begriffe in die Jahre gekommen sind, sind sie doch aktueller denn je. Unsere Gründungsmütter und –väter fanden mit diesen vier Grundwerten einen historischen Kompromiss, der tief in die Mitte der Gesellschaft reicht. Ausdruck davon ist, dass GRÜNE Ideen quer durch die Gesellschaft und die Parteien aufgegriffen werden. So gibt es selbst in der CDU organisierte Atomkraftgegner und auch die SPD besteht nicht nur aus Befürworter/innen der Kohlekraft.

Der Mensch ist ein nachsteuerndes Wesen. Wir haben in den Jahren zahlreiche Veränderungen an GRÜNEN Positionen vorgenommen. Die meisten waren klug. Andere aber waren das weniger. Der Mensch lernt aber auch aus seinen Fehlern. Und wir alle gemeinsam, werden den Nachweis erbringen, dass wir darum wissen und es schnell beherzigen.

Ökologisch steht das Land vor der Frage, ob die künftige Regierung mit dem Umbau der Industriegesellschaft hin zu einer umweltverträglichen Produktionsweise ernst machen wird, oder ob sie die Klimakatastrophe weiter befeuert. In Hessen erleben wir hautnah, was eine CDU/FDP Regierung an Schadenspotential aufbringt. Skrupellos führen diese Parteien zwar das Arbeitsplatzargument ins Feld, wenn es um die Rettung dreckiger Industrien und die Verhinderung von Umweltstandards geht. Genauso skrupellos jedoch bekämpfen sie die Entstehung neuer Arbeitsplätze in umweltfreundlichen Industrien. Darüber können Lippenbekenntnisse nicht hinweg täuschen. Der "Green New Deal" wird nur Wirklichkeit werden, wenn wir GRÜNEN stärker werden und dabei Wählerinnen und Wähler aus dem Mitte-Links -Spektrum oder frustrierte Nicht-Wähler/innen mehrheitlich für uns gewinnen.

Wir haben uns der Diskussion um die **sozialen** Reformen der ehemaligen ROT-GRÜNEN Regierung gestellt. Die sozialen Zumutungen und die Schikanen der Betroffenen von "Hartz IV" - Gängeleien die einer Abschaffung zahlreicher Bürgerrechte für die betroffenen Menschen gleich kommen - bedürfen eines neuen, anderen Ansatzes. Die Kontroverse unserer Partei um Grundeinkommen versus Grundsicherung ist nicht beendet. Auch wenn die Befürworter/innen des Grundeinkommens knapp in der Minderheit blieben, sagen wir im Beschluss zur Grundsicherung, dass die erforderlichen Veränderungen mehr sein müssen, als die bloße, letztlich geringe, Erhöhung des Betrages auf 420 Euro. Ich wünsche mir mehr Mut zu radikalen Vorschlägen. Deshalb gilt meine uneingeschränkte Sympathie den Befürworter/innen des bedingungslosen Grundeinkommens.

Die steinige SPD (der Steinmeier und Steinbrück) hat Legionen von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten heimatlos gemacht oder sie in eine neue "Heimat" vertrieben. Laden wir diese Menschen zum Kampf an unserer Seite ein. Sagen wir ihnen klar und deutlich: Ökologisch, Sozial und Links– das geht bestens zusammen – bei uns GRÜNEN!

Den schmerzlichsten Lernprozess machten wir in Sachen **Gewaltfreiheit**. Kriege um Ressourcen, um Macht, Religionskriege und Terror sind Bestandteil "der Politik mit anderen Mitteln". In Demokratien haben wir die Möglichkeit, schlechte Regierungen mit friedlichen Mitteln wieder los zu werden. Andernorts ist das nicht so. Aber: Gewaltsame Mittel, die wir befürworten, dürfen niemals zum Selbstgänger werden. Deshalb gilt meine uneingeschränkte Sympathie den PazifistInnen in unseren Reihen. Nicht sie sind es, die sich für ihre Vorschläge der Konfliktprävention zu rechtfertigen haben, nicht sie sind es, die sich für ihre Forderung nach der strikten Einhaltung der Gewaltfreiheit zu rechtfertigen haben. Diejenigen unter uns, die in konkreten, überprüfbaren Einzelfällen ein gewaltsames Vorgehen befürworten, sind es, die dies rechtfertigen müssen. Bei ihnen liegt die Beweislast bezüglich "Sinn und Unsinn" der Entscheidung. Ich habe große Hochachtung vor der Entscheidung der seinerzeitigen ROT-GRÜNEN Bundesregierung, sich nicht am Irak-Krieg zu beteiligen. Keinerlei Verständnis habe ich hingegen für die fortgesetzte Beteiligung an dem Krieg in Afghanistan. Angesichts der ständigen Ausweitung der kriegerischen Mittel durch die Bundesregierung bei gleichbleibend niedrigem Einsatz von Aufbaumitteln für Afghanistan, darf es keine weitere GRÜNE Zustimmung zum Einsatz in

Ihr erreicht mich über
simon.lissner@gruene-limburg-weilburg.de oder 06431 23621



(Argumente statt Steine)

Afghanistan geben.

Unsere Demokratie leidet darunter, dass ihr zunehmend die Basis abhanden kommt. Ständig sinkende Wahlbeteiligung sollte gerade uns, die wir der **Basisdemokratie** verbunden sind, eine Mahnung sein. Mehr BürgerInnenbeteiligung, Volksbegehren und Volksentscheide in Bundesangelegenheiten sind wirksame Mittel gegen die Politikverdrossenheit. Gegen die Parteienverdrossenheit helfen Transparenz und klare und leicht verständliche Regeln von D wie Abgeordnetendiäten bis P wie Parteienfinanzierung. Nicht unerwähnt bleiben darf der nahtlose Wechsel von Politiker/innen in die Industrie, meist genau aus den Ministerien in die Branchen, mit denen sie sich in ihrer Zeit als Abgeordnete befassten. Wir können als Partei mit gutem Beispiel voran gehen. Zwar haben wir die Trennung von Amt und Mandat abgeschafft. Wir haben uns den anderen Parteien auch hinsichtlich der Abgeordnetenrotation angeglichen und diese abgeschafft. Es wäre auch hier an der Zeit, nachzusteuern. So gilt für die Präsidenten der USA: Zwei Amtsperioden sind genug. Wir aber mussten 16 Jahre Kohl ertragen. Welch ein Segen für die Welt, dass Bush "weg musste"! Was hindert uns daran, in unserer Partei einen Anfang zu machen und über diese Frage neu nach zu denken und neu zu entscheiden? Ich denke – gar nichts!

In diesem Sinne bewerbe ich mich um das Direktmandat im Wahlkreis 178 und bitte außerdem um Eure Unterstützung für meine Kandidatur unter den ersten 10 Plätzen der Hessischen Landesliste für die Bundestagswahl 2009